

BR/GT I/78 d/70

Travaux Préparatoires EPÜ 1973

Hinweis:

Die Dokumente zu den Travaux Préparatoires EPÜ 1973 stellen lediglich ein internes Arbeitsmittel der Direktion Patentrecht im Europäischen Patentamt dar. Eine Gewähr für Richtigkeit und Vollständigkeit der Dokumente kann daher nicht übernommen werden.

REGIERUNGSKONFERENZ
ÜBER DIE EINFÜHRUNG EINES EUROPÄISCHEN
PATENTERTEILUNGSVERFAHRENS

Brüssel, den 18. November 1970
BR/GT I/78/70

- Sekretariat -

Von dem Vorsitzenden der Untergruppe "Ausführungsordnung" der Arbeitsgruppe I vorgelegte

A r b e i t s u n t e r l a g e

für den Entwurf einer Ausführungsordnung
zum Übereinkommen über ein europäisches Patenterteilungsverfahren

Vorschläge

zu Artikel 16, Nummern 1 bis und 2 bis,

zu Artikel 17, Nummern 1, 2 und 3,

zu Artikel 21, Nummer 3,

zu Artikel 22, Nummer 1,

zu Artikel 66, Nummer 5.

1

Zu Artikel 16

Nummer 1 bis

Aussetzung des Einspruchsverfahrens

Vorschlag

(1) Wird dem Europäischen Patentamt im Verlauf der Prüfung eines Einspruchs gegen ein europäisches Patent nachgewiesen, daß ein Verfahren eingeleitet ist, in dem festgestellt werden soll, daß das Recht auf das europäische Patent einer in Artikel 15 Absatz 1 des Übereinkommens bezeichneten Person zusteht, die nicht der Patentinhaber ist, so setzt das Europäische Patentamt das Verfahren zur Prüfung des Einspruchs aus; es sei denn, daß derjenige, der das Recht auf das europäische Patent geltend macht, der Fortsetzung dieses Verfahrens zustimmt. Diese Zustimmung ist dem Europäischen Patentamt schriftlich zu erklären; sie ist unwiderruflich.

(2) Wird der in Absatz 1 vorgesehene Nachweis im Verlauf der Einspruchsfrist erbracht, so setzt das Europäische Patentamt vorbehaltlich der in Absatz 1 vorgesehenen Zustimmung die Prüfung der gegen das europäische Patent eingelegten Einsprüche aus.

(3) Wird dem Europäischen Patentamt nachgewiesen, daß in dem Verfahren zur Geltendmachung des europäischen Patents eine rechtskräftige Entscheidung zugunsten des Patentinhabers ergangen ist, so wird das Verfahren zur Prüfung des Einspruchs mit diesem fortgesetzt oder begonnen. Ist die Entscheidung zugunsten desjenigen ergangen, der das Recht auf das europäische Patent geltend gemacht hat, so wird das Verfahren erst nach Ablauf einer angemessenen Frist fortgesetzt oder begonnen.

(4) Ein Hinweis auf die Aussetzung und die Fortsetzung des Verfahrens wird in das europäische Patentregister eingetragen und im Europäischen Patentblatt bekanntgemacht.

Bemerkungen:

1. Dieser Artikel soll eine dem Artikel ... (Nummer 1 zu Artikel 16) ähnliche Bestimmung für das Einspruchsverfahren schaffen. Im Falle seiner Annahme wäre die Bemerkung 1 zu dem genannten Artikel zu streichen.
2. Die Annahme des vorgeschlagenen Artikels setzt eine Änderung des Artikels 16 des Ersten Vorentwurfs dahingehend voraus, daß die Bestimmungen dieses Artikels auf das Einspruchsverfahren erweitert werden (vgl. Berichte, Nr. 30 Absatz 2).

Zu Artikel 16

Nummer 2 bis

Beschränkung des Verzichts auf das europäische Patent

Vorschlag

Vom Zeitpunkt des Eingangs der Mitteilung beim Europäischen Patentamt, daß ein Verfahren gemäß Artikel ... (Nummer 1 bis zu Artikel 16) eingeleitet ist, kann in keinem Vertragsstaat auf das europäische Patent verzichtet werden, es sei denn, daß derjenige, der das genannte Verfahren eingeleitet hat, zustimmt. Wird der Nachweis, daß dieses Verfahren eingeleitet ist, nach Ablauf eines Monats nach Eingang der Mitteilung nicht erbracht, so ist der Patentinhaber bis zum Zeitpunkt der Vorlage dieses Nachweises wieder berechtigt, auf das Patent zu verzichten.

Bemerkungen:

1. Dieser Artikel soll eine dem Artikel ... (Nummer 2 zu Artikel 16) ähnliche Bestimmung für das Einspruchsverfahren schaffen. Im Falle seiner Annahme wäre die Bemerkung 1 zu dem genannten Artikel zu streichen.
2. Die Annahme des vorgeschlagenen Artikels setzt eine Änderung des Artikels 16 des Ersten Vor-entwurfs dahingehend voraus, daß die Bestimmungen dieses Artikels auf das Einspruchsverfahren erweitert werden.

Zu Artikel 17

Nummer 1

Erfindernennung

Vorschlag

(1) Der Erfinder kann dem Europäischen Patentamt nur vom Anmelder oder Patentinhaber genannt werden. Die Nennung des Erfinders kann jederzeit bis zum Ablauf der Einspruchsfrist oder, wenn ein Einspruch eingelegt ist, bis zu dem Zeitpunkt vorgenommen werden, in dem rechtskräftig über den Einspruch entschieden ist.

(2) (unverändert)

(3) (unverändert)

Bemerkungen:

1. Dieser Artikel soll an die Stelle des Artikels treten, der unter der gleichen Nummer in der Arbeitsunterlage BR/42/70 enthalten ist. Absatz 1 ist in der Weise geändert worden, daß die Bestimmungen des früheren Textes auf das Einspruchsverfahren erweitert wurden.
2. Der vorgeschlagene Artikel setzt eine Änderung des Artikels 16 des Ersten Vorentwurfs voraus.
3. Im Falle der Annahme des vorgeschlagenen Artikels wäre die Bemerkung 2 zu dem derzeitigen Artikel ... (Nummer 1 zu Artikel 17) zu streichen.

Zu Artikel 17

Nummern 2 und 3

Bekanntgabe der Erfindernennung

Berichtigung oder Widerruf der Erfindernennung

Bemerkung:

Die Anwendung der Bestimmungen dieser beiden Artikel auf das Einspruchsverfahren (vgl. die jeweilige Bemerkung zu diesen Artikeln in der Arbeitsunterlage BR/42/70) scheint keine Änderung der derzeitigen Texte zu erfordern.

Zu Artikel 21

Nummer 3

Erteilung eines Zusatzpatents an Rechtsnachfolger des Anmelders oder Inhabers des Hauptpatents

Vorschlag

(1) Bei der Erteilung des europäischen Zusatzpatents gilt die Person oder gelten die Personen, die als Inhaber des europäischen Hauptpatents in das europäische Patentregister eingetragen sind, als Inhaber dieses Patents im Sinne des Artikels 21 Absatz 3 des Übereinkommens.

(2) Wird dem Europäischen Patentamt nachgewiesen, daß das europäische Hauptpatent einmal oder mehrmals in allen oder einigen Vertragsstaaten übertragen worden ist, und sind diese Übertragungen der Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz der in Frage stehenden Staaten gegenüber wirksam, so gilt der Übertragungsempfänger oder gelten die Übertragungsempfänger in den Vertragsstaaten für die das Zusatzpatent erteilt wird, bei der Erteilung des Zusatzpatents als Inhaber des europäischen Hauptpatents im Sinne des Artikels 21 Absatz 3 des Übereinkommens.

Bemerkungen:

1. Absatz 1 betrifft den Fall, daß kein dem Europäischen Patentamt gegenüber wirksamer Wechsel des Inhabers des Hauptpatents zwischen der Erteilung dieses Patents und der Erteilung des Zusatzpatents erfolgt. Die in dem genannten Absatz vorgesehenen "Personen, die im europäischen Patentregister eingetragen sind", können entweder der oder die ursprünglichen Anmelder oder die Übertragungsempfänger der Anmeldung sein; letztere können ungeteiltes oder geteiltes Eigentum der genannten Anmeldung erworben haben (vgl. Artikel 22 des Übereinkommens).
2. Es fragt sich, ob Absatz 1 notwendig ist und ob diese Bestimmungen sich nicht implicite aus Artikel 21 Absatz 3 des Ersten Vorentwurfs ergeben.
3. Absatz 2 betrifft den Fall der Übertragung des europäischen Hauptpatents (nicht den der Anmeldung) vor der Erteilung des Zusatzpatents. Aus den jetzigen Bestimmungen des Ersten Vorentwurfs ergibt sich, daß Übertragungen, die das europäische Patent betreffen, dem Europäischen Patentamt, und zwar auch während des Einspruchsverfahrens, nicht mitgeteilt werden. Es fragt sich übrigens, ob derartige Bestimmungen nicht wünschenswert wären. Jedenfalls bezieht sich Absatz 2 nur auf "nationale" Beweise für die Übertragung, die nicht bestimmt werden, weil sie je nach dem Recht der Vertragsstaaten verschieden sein können.

Zu Artikel 21 Nr. 3

Vorschlag

4. Weitere Ausführungsbestimmungen werden möglicherweise vorzusehen sein, wenn das Übereinkommen (vgl. die Bemerkung zu Artikel 21 Absatz 3) Bestimmungen über das Recht auf Anmeldung eines europäischen Zusatzpatents nach einer Übertragung der Anmeldung des Hauptpatents an verschiedene Inhaber gemäß Artikel 22 des Übereinkommens enthalten soll.

Zu Artikel 22

Nummer 1

Verfahren in dem Fall, daß die europäische Patentanmeldung auf verschiedene Inhaber in verschiedenen Staaten übertragen worden ist

- entfällt -

Bemerkung:

Vgl. die Bemerkung unter diesem Artikel in Dokument BR/42/70.

Es erscheint nicht notwendig, zu diesem Punkt Ausführungsvorschriften vorzusehen. Die einzige Frage, die sich zu stellen scheint, ist diejenige, wie die Vertretung der verschiedenen Inhaber der europäischen Anmeldung vor dem Europäischen Patentamt sichergestellt werden soll. Die (allgemeinen) Bestimmungen des Artikels ... (Nummer 10 zu Artikel 161) (Dok. BR/GT I/63/70 - Seite 77) zielen auf eine Regelung dieser Frage ab.

Zu Artikel 66

Nummer 5

Form und Inhalt der Zusammenfassung

PCT	Vorschlag
<u>Regel 8.1 - Inhalt und Form der Zusammenfassung</u>	(1) Die Zusammenfassung muß die Bezeichnung der Erfindung enthalten.
a) Die Zusammenfassung hat zu bestehen:	(2) In klarer und möglichst kurzer Form muß die Zusammenfassung Angaben enthalten über das technische Gebiet der Erfindung, das zu lösende technische Problem, das für dieses Problem angewandte Lösungsprinzip und die hauptsächlichen Anwendungsmöglichkeiten der Erfindung. Gegebenenfalls hat sie die chemische Formel anzugeben, die unter den in der Patentanmeldung enthaltenen Formeln die Erfindung am besten kennzeichnet. Sie darf keine Behauptungen über angebliche Vorzüge oder den angeblichen Wert der Erfindung oder über deren theoretische Anwendungsmöglichkeiten enthalten.
(i) aus einer Kurzfassung der in der Beschreibung, den Ansprüchen und Zeichnungen enthaltenen Offenbarung; die Kurzfassung soll das technische Gebiet der Erfindung angeben und so gefaßt sein, daß sie ein klares Verständnis des technischen Problems, des entscheidenden Punktes der Lösung der Erfindung und der hauptsächlichen Verwendungsmöglichkeiten ermöglicht;	
(ii) gegebenenfalls aus der chemischen Formel, die unter allen in der internationalen Anmeldung enthaltenen Formeln die Erfindung am besten kennzeichnet.	
b) Die Zusammenfassung hat so kurz zu sein, wie es die Offenbarung erlaubt, und sollte in der Regel 50 bis 150 Worte enthalten, wenn sie in der englischen Sprache abgefaßt ist oder wenn sie in die englische Sprache übersetzt werden würde.	(3) Die Zusammenfassung soll in der Regel aus nicht mehr als 150 Worten bestehen.
c) Die Zusammenfassung darf keine Behauptungen über angebliche Vorzüge oder den Wert der beanspruchten Erfindung oder über deren theoretische Anwendungsmöglichkeiten enthalten.	

Regel 3.3 - Kontroll-Liste

a) Das vorgedruckte Formblatt enthält eine Liste, die ausgefüllt über folgendes Auskunft gibt:

- (iii) die Nummer der Abbildung der Zeichnungen, die nach Vorschlag des Anmelders mit der Zusammenfassung bei ihrer Veröffentlichung auf der ersten Seite der Schrift und des Blatts abgedruckt werden soll. In Ausnahmefällen kann der Anmelder mehr als eine Abbildung vorschlagen.

(4) Enthält die europäische Patentanmeldung Zeichnungen, so hat der Anmelder diejenige Abbildung oder in Ausnahmefällen diejenigen Abbildungen anzugeben, die er zur Veröffentlichung mit der Zusammenfassung vorschlägt. Das Europäische Patentamt kann eine oder mehrere andere Abbildungen veröffentlichen, wenn es der Auffassung ist, daß diese die Erfindung besser kennzeichnen. Hinter jedem wesentlichen Merkmal das in der Zusammenfassung erwähnt und durch die Zeichnung veranschaulicht ist, hat in Klammern ein Bezugszeichen zu stehen.

Regel 8.1 - Inhalt und Form der Zusammenfassung

d) Jedem in der Zusammenfassung erwähnten und in einer der Anmeldung beigefügten Zeichnung veranschaulichten technischen Merkmal hat in Paranthese ein Bezugszeichen zu folgen.

Regel 8.2 - Angaben für die Veröffentlichung

Macht der Anmelder die in Regel 3.3 a) (iii) erwähnte Angabe nicht oder kommt die Internationale Recherchenbehörde zu dem Ergebnis, daß eine oder mehrere andere Abbildungen als die vom Anmelder vorgeschlagene von allen Abbildungen aller Zeichnungen die Erfindung besser kennzeichnen, so soll sie diese Abbildung oder Abbildungen angeben. In den Veröffentlichungen des Internationalen Büros werden dann die von der Recherchenbehörde angegebene Abbildung (oder an-

Zu Artikel 66 Nr. 5

PCT

Vorschlag

gegebenen Abbildungen) verwendet. Sonst wird die vom Anmelder vorgeschlagene Abbildung (oder Abbildungen) in der genannten Veröffentlichung verwendet.

Regel 8.3 - Richtlinien für die Fassung

Die Zusammenfassung ist so zu formulieren, daß sie auf dem jeweiligen Fachgebiet als brauchbare Handhabe zur Sichtung dienen kann, insbesondere dem Wissenschaftler, dem Ingenieur oder dem Rechercheur dabei hilft, sich eine Meinung darüber zu bilden, ob es notwendig ist, die internationale Anmeldung selbst einzusehen.

(5) Die Zusammenfassung ist so zu formulieren, daß sie eine wirksame Handhabe zur Sichtung des jeweiligen technischen Gebiets gibt und insbesondere eine Beurteilung der Frage ermöglicht, ob es notwendig ist, die Patentanmeldung selbst einzusehen.

Bemerkungen:

1. Im französischen Text wird hier der Begriff "Résumé", der in einigen Bestimmungen des Entwurfs der Ausführungsordnung erscheint, durch den in dem Vorentwurf des Übereinkommens verwendeten Begriff "abrégé" ersetzt.
2. Die eckigen Klammern in Absatz 11 des Artikels ... (Nummer 7 zu Artikel 66) sollten gestrichen werden.